

Nr.69 vom 12.6.1976

Unsere Stellung zur ARENA-SCHLACHTHOF ST.MARX

1. Warum und welche Seite der Arena-Besetzung unterstützen wir?

Zweifelloos ist es so, daß die Bedeutung der Arena-Besetzung, an der anfangs ca. 1/3 Arbeiterjugendliche und Lehrlinge teilgenommen haben, darin besteht, daß in spontaner Weise die Bedürfnisse vieler Jugendlicher nach Jugendzentren in Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt.

Die Besetzung des Arena-Geländes St.Marx ist ein politischer Kampf gegen die Gemeinde, dessen Ziel die Durchsetzung der 4 Forderungen ist. Es handelt sich deshalb um einen politischen Kampf, weil die Betroffenen und Interessierten praktisch dem Staat die Verfügungsgewalt über das Gelände Schlachthof St.Marx streitig machen, weil sie mittels der Selbstverwaltung die bürokratische Gängelung und die Einmischung der Gemeinde verhindern wollen und weil sie über die Forderung nach Finanzierung durch die Gemeinde in einer Frage der Gemeinde praktisch das Recht streitig machen, über die dem Volk abgepreßten Budgetmittel nach staatlichem Gutdünken zu verfügen. Es liegt auf der Hand, daß diese Seite der Arena-Besetzung die Seite ist, die wir entschieden unterstützen, da die Betroffenen und Interessierten in diesem politischen Kampf um ihre Forderungen gegen die Gemeinde durch eigene Erfahrung den Staat und auch verschiedene bürgerliche Parteien erkennen lernen.

Die spontane Wendung der Bewegung gegen den Staat ist die eine Seite der Arena-Besetzung.

Die andere Seite kommt in den Vorstellungen der zunehmend das Programm und das Leben in der besetzten Arena beherrschenden bürgerlichen Kulturschaffenden zum Ausdruck. Nach ihren Vorstellungen soll die Arena offensichtlich zum Tummelplatz bürgerlicher Kulturschaffender werden, die "dem Publikum eine andere Kultur als die herrschende" vorsetzen wollen. Diese andere Kultur ist aber selbstverständlich nichts anderes, als eine andere Form bürgerlicher Kultur. Diese Seite, die sich viel zu häufig im Programmablauf in der Arena seit der Besetzung ausdrückt und die in letzter Zeit auch von den Revisionisten ganz besonders stark in den Vordergrund gestellt wird, ist eine Seite, die wir keinesfalls unterstützen werden.

2. Die 4 Forderungen sind der harte Kern.

Die 4 Forderungen sind es, die einerseits gegenwärtig alle Betroffenen und Interessierten einigen und den harten Kern des Zusammenhaltes darstellen, andererseits ist die Tatsache, daß es nur die die 4 Forderungen als das Einingende gibt, auch die Schwachstelle der Bewegung.

Der harte Kern und das Einingende deshalb, weil sie wirklich von allen vertreten werden ( jeder der nicht an den 4 Forderungen entschieden festgehalten hat, wie z.B. die "Volksstimme", wurde energisch kritisiert ), unabhängig von ihren Vorstellungen über die weitere Zukunft der Arena, weil nur das Festhalten an diesen



Forderungen der Bewegung eine realistische Perspektive geben kann und weil sie die klare Stoßrichtung gegen die Gemeinde darstellen.

Schwachstelle deshalb, weil es hinter den 4 Forderungen die verschiedensten inhaltlichen Differenzen über die Aufgabe und die Funktion der Arena gibt, wie die Plenardiskussionen immer wieder anschaulich zeigen.

Besonders wichtig ist die Forderung nach Selbstverwaltung. Sie bietet die Möglichkeit, gegen die ständigen Versuche der Gemeinde, sich in die Arena einzumischen und die Sache zu kontrollieren, anzukämpfen und die Arena gegen die bürokratischen Gängelungsversuche zu verteidigen. Sie bietet die Möglichkeit, die Werktätigen zu gewinnen und ihnen die Möglichkeit der Einmischung in den Arenabetrieb aufzutun.

Dabei handelt es sich auch um jene Forderung, die der ganzen Sache eine anhaltende Perspektive geben kann. Praktisch wird es nämlich so sein, daß sich die bürgerlich-kulturelle Programmgestaltung bald totlaufen und zur Isolierung von der werktätigen Bevölkerung beitragen wird. Nur die Möglichkeit, der Einmischung der Werktätigen, die sich inhaltlich in den Programmen der Arena ausdrücken muß, bietet eine langfristige und dauerhafte Perspektive.

Es kommt daher gegenwärtig vor allem darauf an, zu entscheiden, ob man die Sache vom Blickpunkt der 4 Forderungen her betrachtet, oder von der Seite des Kulturbetriebs und dabei die Forderungen völlig auf die Seite schiebt. Wir betrachten die ganze Sache vom Blickpunkt der Forderungen her und sehen zur weiteren Verankerung und Vertiefung dieser Forderungen verschiedene Mittel, die ergriffen werden müssen. Die Besetzung selbst ist ein ganz bedeutendes Mittel, weil sie die praktische Inangriffnahme der Durchsetzung der Forderungen bedeutet. Ein anderes Mittel, das notwendig ist, ist in der Stadt für die Forderungen Unterschriften sammeln, in der Arena die Forderungen ständig von allen Seiten her zu beleuchten und zu begründen und auch den Versuch zu unternehmen, den Kulturbetrieb inhaltlich umzugestalten im Hinblick auf die Forderungen und den Kampf gegen die Gemeinde. Letzteres heißt praktisch, die Arena-Besetzung und die Forderungen auch zu einem Element des kulturellen Programms zu machen. wie das z.B. geschehen ist mit den von den Genossen W.S. und M.A. geschriebenen und vorgebrachten 2 Arenaliedern und wie dies mit den Bemühungen des Gen. Sch., ein kurzes Sprechstück über die Arena und die Forderungen zu schreiben, gegeben ist.

Ganz anders hingegen sieht die Sache für jene aus, die hauptsächlich einen "alternativen Kulturbetrieb" vor Augen haben, wie das z.B. die Revisionisten am Samstag in der Diskussion um die Zukunft der Arena vorgeführt haben. Diese Leute nehmen kein einziges Mal die Forderungen in den Mund, sondern reden ausschließlich von ihrem Kulturprogramm und tragen damit zur Spaltung der Bewegung bei. Ein solches Vorgehen - egal wer immer auf einer solchen Linie auftritt - nimmt der Bewegung die Schlagkraft, weil damit gerade die Schwachstelle hervorgekehrt und das Einingende, Vorwärtstreibende beiseite geschoben wird.



### 3. Die Haltungen und Fehler in unserer Organisation.

Im Zusammenhang mit der Arena-Besetzung ist es in unseren Organisationen zu Fehlern gekommen.

So gibt es einen doch ziemlich verbreiteten Spontaneismus, der sich in einer Überschätzung der Sache ausdrückt und der nur mehr die Tatsache sehen läßt, daß "sich dort viele Menschen zusammengetan haben", die wahre Bedeutung der Sache als spontanen politischen Kampf gegen den Staat einerseits und die Gefahren, der durch verschiedene Vorstellungen über die weiteren Aufgaben der Arena ständig möglichen Spaltung andererseits völlig vergessen läßt. Er führt dazu, daß die nüchterne Betrachtung der Arena-Besetzung als politischen Kampf verdrängt wird durch eine Jubelstimmung über den Spektakel Arena.

Demgegenüber muß sich der Gedanke durchsetzen, daß wir die Bedeutung des Kampfs um die Arena an seiner politischen Bedeutung im Zusammenhang mit der gesamten Klassenkampfsituation sehen müssen. Wir legen unsere Aufgaben klar fest, indem wir die fortschrittliche Seite des Kampfs unterstützen und versuchen, die reaktionäre Seite des bürgerlichen Kulturbetriebs zurückzudrängen.

Ein anderer Fehler ist ein Sektierertum, das dazu führt,<sup>1</sup> daß man die Arena und die Massenansammlungen nur mehr als willkommenes Agitationsfeld ansieht, dabei aber die positive und fortschrittliche Seite der spontanen Bewegung gegen den Staat übersieht.

Diese Fehler - vor allem der erste - haben zu einer Organisationsanarchie geführt, die ebenfalls schleunigst überwunden werden muß. Es ist schädlich, daß große Teile der Organisationen in die Arena strömen, um z.B. bei Abstimmungen stark vertreten zu sein. Wir wollen die Leute dort überzeugen, denn nur das bringt dauerhaften und soliden Einfluß und Erfolg. Wir sind keine politischen Reisenden, wie z.B. die Spontis, die dorthin laufen, wo gerade etwas los ist, sondern wir planen den Einsatz unserer Kräfte wie in jeder anderen politischen Frage auch, nach der Bedeutung der Frage und den sich für uns daraus ergebenden Aufgaben.

Von der Leitung wurden entsprechend der Auffassung, daß es sich um eine politische Frage mit der vorher genannten Bedeutung handelt, die Genossen der Sektion Kultur, 3 Genossen der Sektion VBW und die Zelle Soziologie mit der politischen Arbeit in der Arena beauftragt.

Wir halten daran fest, daß die vorher genannten Genossen plus dem Genossen R.K. aus der Zelle Liesing entsprechend unseren Festlegungen unter meiner Anleitung in der Arena ihre politische Arbeit machen. Alle anderen Genossen sollten ihre politischen Aufgaben wahrnehmen und sich nur nach Maßgabe ihrer Freizeit und ohne die Erfüllung ihrer politischen Aufgaben zu beeinträchtigen, an Veranstaltungen und Diskussionen in der Arena beteiligen.



Die syrischen und christlichen Truppen im Libanon führen einen schweren Schlag gegen die PLO und versuchen massiv das Lager Tel-al Zaatar zu erobern.

Im Hinblick auf die Bedeutung dieser Sache ist es unbedingt notwendig, daß alle Einheiten am Samstag beim Zeitungsverkauf dazur auftreten. Die Linie ist in den beiden letzten Flugblättern und in der neuen Nummer der Zeitung angegeben. Auf der Agit-Prop-Tafel in der Halbgasse gibt es eine Musterwandzeitung, die für die Agitation in der Stadt und bei den Betrieben abgeschrieben werden kann.

## S P A N I E N S O L I D A R I T Ä T

Am 18. Juli 1976 sind es genau 40 Jahre, die seit dem Putsch der faschistischen Offiziere gegen die spanische Republik vergangen sind. Aus diesem Anlaß führt der KB Wien eine SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG AM 21. JULI, 19 Uhr IM PORRHAUS durch.

Weiters werden am 22. Juli die Prozesse gegen die Teilnehmer an der Spanien-Demonstration vom 2.10.1975 weiter fortgesetzt.

Deshalb trägt die Veranstaltung auch folgenden Titel:

o 40 Jahre kämpft das spanische Volk gegen Faschismus und Barberei

o Für die Einstellung der Prozesse gegen Teilnehmer an der Spanien-Demonstration vom 2.10.1975.

Die Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes ist heute angesichts der raschen Entwicklung des Klassenkampfes in Spanien selbst und angesichts der Manöver der beiden Supermächte und der anderen imperialistischen Länder von großer Notwendigkeit und wir müssen deshalb beginnen, die Mängel in der Spanien-Solidarität zu überwinden.

Alle Einheiten sind aufgefordert, das in ihren Kräften stehende zum Gelingen der Veranstaltung beizutragen.

Für 22. Juli vormittags werden wir zu einer Protestkundgebung gegen die Weiterführung der Prozesse aufrufen.

Alle Unterschriftenlisten bitte ins Leitungsfach des Genossen K.P. in der Halbgasse.

K.P.

Der Botschafter der VR China in Österreich hat mich gebeten, der ganzen Organisation den herzlichsten Dank für die erwiesene Anteilnahme anläßlich des Ablebens von Genossen Tschu Teh und die wärmsten Grüße zu überbringen.

K.P.



Erklärung der Leitung des KB Wien anlässlich der Aktionseinheitsverhandlungen für die Libanondemonstration am 22. 6. 1976

=====

1. Durch ein Mißverständnis, das seinen Grund im Inneren unserer Organisation hatte, hat der KB Wien bei den genannten Aktionseinheitsverhandlungen der Vereinbarung zugestimmt, bei der Demonstration Transparente, Sprechchöre und Agitpropmaterial wie Flugblätter und dergleichen zu verwenden, soweit dies über die vereinbarte Minimalplattform der Aktionseinheit hinausging. Nachdem wir bei den AE-Verhandlungen diese falsche und unseren Grundsätzen widersprechende Vereinbarung eingegangen waren, zogen wir sie mit Rücksicht auf die Arabische Studentenorganisation nicht zurück, weil Mißverständnisse innerhalb unserer Organisation kein Gesichtspunkt für andere Organisationen sein können und weil wir zeigen wollten, daß wir zu geschlossenen Vereinbarungen stehen. Bekanntlich hat der KB Wien nie auf die Freiheit der Agitation und Propaganda für jede an einer Aktionseinheit beteiligte Organisation verzichtet und diese auch stets in Anspruch genommen. So werden wir es auch in Zukunft halten. Es handelt sich hier um einen Grundsatz unserer Aktionseinheitspolitik.

Wird eine Aktionseinheit zwischen verschiedenen politischen Organisationen gebildet, so zu dem Zweck, um ungeachtet ihrer verschiedenen politischen Auffassungen die Kräfte für einen bestimmten beschränkten Zweck im Rahmen einer bestimmten Aktion zusammenzufassen. Selbstverständlich schaffen solche Aktionseinheitsabsprachen die Tatsache nicht aus der Welt, daß es verschiedene Organisationen mit verschiedenen politischen Auffassungen sind, die aufrufen. Wir sind der Meinung, daß jede Organisation über die gemeinsame Minimalplattform hinaus ihre darüber hinausgehenden Meinungen vertreten können muß, soweit diese nicht der Minimalplattform widersprechen. Das verbieten zu wollen, heißt Tatsachen verbieten zu wollen. Es zielt darauf ab, jeweils einem Teil der beteiligten Kräfte die Äußerung seiner Meinung verbieten und durch administrative Methoden diese Meinung vor den Massen fernhalten zu wollen. Es trägt nicht zu mehr Klarheit unter den Massen bei, sondern versucht im Gegenteil die Meinungsbildung der Massen einzuschränken und zu manipulieren.

Der KB Wien wird daher auch in Zukunft auf der Freiheit der Agitation und Propaganda beharren und sie in jedem Fall praktisch in Anspruch nehmen. Man muß sich ohnedies klarmachen, daß eine Aktionseinheit vor allem eine praktische Aktionseinheit der Massen, aller ander gemeinsamen Aktion beteiligten Menschen ist und erst in zweiter Linie eine formelle Absprache zwischen Organisationsführungen. Letzteres hat ersterem zu dienen und oft wird die Aktionseinheit der Massen auch hergestellt werden können, wenn Organisationsabsprachen nicht zustandekommen.

Im Gegensatz dazu versuchen die KPÖ-Revisionisten und ihre Jugendorganisationen stets, den anderen, ihnen nicht genehmen Kräften, insbesondere dem KB Wien, das Wort zu verbieten. Sie streben dadurch an, die Aktionseinheit zu spalten und ihren Inhalt zu verwässern und zu verwischen. Das streben sie an, weil sie nur so Chancen haben, die jeweilige Bewegung unter Kontrolle zu bekommen, sie sich unterzuordnen, sie in den ihr genehmen Rahmen zu pressen und für ihre bornierten und schädlichen Parteizwecke zu mißbrauchen.

Insbesondere bei der Libanondemonstration haben sie diese Praktiken angewendet, weil sie erstens im Gegensatz zu uns kein Interesse an einer Demonstration gegen die syrische Intervention im Libanon hatten, und zweitens alles Interesse daran, daß - wenn schon eine Demonstration stattfinden würde - diese kein Wort gegen den wirklichen Hintermann und Nutznießer der syrischen Intervention, den Sozialimperialismus, und keine eindeutige Unterstützung der PLO beinhalten sollte. So hat der KSV



auch gegen unsere Losungen "Für ein freies Palästina" und "Für einen demokratischen Staat in Palästina" protestiert, formell, weil diese Losungen den Aktionseinheitsabsprachen widersprächen, aber in Wirklichkeit, weil er dagegen ist. Daß die KPÖ-Revisionisten sich in letzter Zeit verstärkt und offen gegen die Ziele der PLO stellen und sich für die Anerkennung Israels stark machen, hängt mit der verstärkten Rolle zusammen, die Israel heute für die Hegemoniepolitik des Sozialimperialismus spielt. Hier kann man gut sehen, was die Revisionisten praktisch durch ihre Manöver bezwecken und was für Gründe sie tatsächlich haben.

2. Es steht außer Zweifel, daß die "Iranische Studentenorganisation" und der "Verein der Afghanen und Afghanischen Studenten" Organisationen sind, die konsequent antiimperialistisch gesinnt sind und handeln. Seit der Spaltung der CISNU existieren in Wien zwei Organisationen der iranischen Studenten und ähnlich verhält es sich bei den afghanischen Studenten. Der KB Wien unterhält jeweils zu beiden Seiten Beziehungen und ist insbesondere der Meinung, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß jeweils beide Organisationen an Aktionseinheiten teilnehmen. Insbesondere gilt das für solche Aktionseinheiten, die sich auf Fragen beziehen, an denen die genannten Organisationen ein unmittelbares Interesse haben. Eine solche Frage ist beispielsweise die Frage des Nahen Ostens, die schon seit jeher Gegenstand der Politik dieser Organisationen war. Der KB Wien ist entschieden dagegen, daß die zwei obengenannten Organisationen willkürlich ausgeschlossen werden. So ein Vorgehen ist auf Spaltung und Schwächung der Bewegung gerichtet. Auch hier sind die KPÖ-Revisionisten stets eine treibende Kraft.

Der KB Wien wird grundsätzlich keine formellen Aktionseinheitsbündnisse mehr abschließen und keine gemeinsamen Aktionseinheitsaufrufe mehr unterzeichnen, wenn die "Iranische Studentenorganisation" und der "Verein der Afghanen und Afghanischen Studenten" willkürlich ausgeschlossen werden, obwohl es um eine Frage geht, die stets Gegenstand ihrer Politik war, wie z.B. die politische Situation in ihren Heimatländern, die Lage im Nahen und Mittleren Osten oder auch Probleme der (auf diese Fragen bezogenen) antiimperialistischen Bewegung hier in Österreich. Dies entspricht übrigens dem zentralen Beschluß der GUPS, nach der Spaltung der CISNU mit beiden Seiten gleiche Beziehungen zu unterhalten.



Stellungnahme des Elin-Kollektivs zur Resolution „Die politische Lage auf der Welt und in Österreich“ sowie zu einigen Teilen der Kriegsgefahrresolution

Im ersten Teil der Resolution sind zwar eine Reihe von Mängeln, die im letzten Rechenschaftsbericht des KB Wien enthalten waren ausgemerzt worden, aber trotzdem leidet dieser Teil wie auch der zweite Teil der Resolution an einem grundlegenden Mangel: am Sektierertum. Wir werden im folgendem zeigen, daß dieser schwerwiegende Fehler linke Fehler die ganze Resolution beherrscht. Die einschätzung der Weltlage ist falsch.

Die Entwicklung der vier Hauptwidersprüche in der Welt hat zur Herausbildung der drei Welten geführt. Insbesondere ist das auf die rasche Entwicklung folgender zwei Widersprüche zurückzuführen:

- auf den Widerspruch zwischen den unterjochten Nationen und dem Imperialismus, vor allem dem Hegemonismus der beiden Supermächte
- auf den Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten vor allem zwischen den beiden Supermächten sowie zwischen den beiden Supermächten einerseits und den übrigen imperialistischen Ländern andererseits.

Diese Entwicklung brachte die unwiderstehliche historische Strömung hervor: Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution.

Die Theorie der drei Welten ist keine bloße Orientierungshilfe, wie es etwa die vier Himmelsrichtungen sind, sie legt vielmehr dar, daß zwischen den drei Welten quantitative Unterschiede bestehen. Sicher wird kein Marxist-Leninist bestreiten, daß es zwischen der Ersten bzw. der Zweiten Welt und der Dritten Welt solche quantitativen Unterschiede gibt. In der vorliegenden Resolution werden jedoch zwischen den beiden Supermächten und den anderen imperialistischen Ländern bloß quantitative Unterschiede gesehen. So ist es dann auch ganz logisch, daß in der Resolution von einem "imperialistischen Lager" gesprochen wird, dem sowohl die beiden Supermächte als auch die übrigen imperialistischen Länder angehören sollen.

Die "Aufspaltung" des "imperialistischen Lagers" in zwei Welten durch die chinesischen Kommunisten wird in unserer Organisation auf den Unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsstand der jeweiligen Länder zurückgeführt. (Das wird auf S. 5 angedeutet, wo es heißt: "Die so z i a l ö k o n o m i s c h im Vergleich zu den beiden Supermächten weniger hoch entwickelten kapitalistischen und imperialistischen Staaten...") Aber der Unterschied im Grad der Konzentration und Zentralisation des Kapitals ist z. B.



zwischen Spanien und der BRD ungleich größer als zwischen der BRD und den USA. Wenn es bloß auf den Stand der sozialökonomischen Entwicklung ankäme, dann ist gar nicht einzusehen, warum nicht auch die BRD, Japan, Frankreich oder Großbritannien zur ersten Welt gezählt werden sollten.

Wir sind demgegenüber der Auffassung, daß zwischen den USA und der SU einerseits und den übrigen imperialistischen und kapitalistischen Ländern andererseits ein qualitativer Unterschied besteht. Die Lage ist so: Die Supermächte üben in unterschiedlichen Ausmaß ihre Kontrolle über die anderen imperialistischen Länder aus, sie bedrohen diese und tyrannisieren sie. Umgekehrt müssen die imperialistischen Länder der Zweiten Welt in Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen notwendigerweise an eine der Beiden Supermächte anlehnen.

Bis zum Zweiten Weltkrieg haben die imperialistischen Mächte jeweils selbstständig ihre Interessen verfolgt. Selbst kleinere imperialistische Länder wie Belgien oder die Niederlande haben selbstständig ihre Kolonialreiche zusammengeraubt. Großbritannien, Frankreich, Deutschland, die USA, Japan haben zwar wechselnde Koalitionen gebildet (um größere Beute zu machen), aber zwischen ihnen bestand kein Verhältnis der Über- und Unterordnung. Die USA gingen zwar als stärkste ökonomische Macht aus dem ersten Weltkrieg hervor, aber es war in der Zwischenkriegszeit völlig ausgeschlossen, daß die US-Imperialisten die britischen oder französischen Imperialisten, die sich auf ausgedehnte Kolonialreiche stützen konnten, von sich abhängig hätten machen können. Der Hitler-Faschismus stürzte selbstständig Europa in den Krieg. Heute ist es undenkbar, daß die BRD (auf deren Territorium Hunderttausende US-Soldaten stationiert sind) selbstständig einen Krieg beginnen könnte (wenn es den BRD-Imperialisten auch danach gelüsten mag, sich die DDR, Polen, die Tschechoslowakei usw. einzuverleiben und Österreich wieder "heim ins Reich zu holen").

Aus dem Zweiten Weltkrieg sind die USA als führende imperialistische Macht hervorgegangen. Die USA haben danach ihre ökonomische, politische und militärische Macht ausgebaut. Alle anderen imperialistischen Länder aber gingen geschwächt aus dem Zweiten Weltkrieg hervor. Außerdem wurden im Gefolge des Zweiten Weltkrieges durch den Kampf der unterjochten ~~Länder~~ Völker die riesigen Kolonialreiche Großbritanniens, Frankreichs, usw. zertrümmert. Durch den Marshall-Plan konnte die USA Westeuropa unter ihren politischen Einfluß bringen. Gestützt auf die militärische Präsenz und auf ihre politischen Positionen legte die USA gewaltige Kapitalien in Westeuropa an. So wichtige Industriezweige, wie die Computerindustrie und die Erdölindustrie werden heute weitgehend vom US-Kapital kontrolliert.

Durch den Befreiungskampf der Völker ist der US-Imperialismus heute zwar angeschlagen, aber seine ökonomische, politische und militärische Stärke ist erheblich größer als die der imperialistischen Länder der Zweiten Welt. Und das gleiche trifft auf den Sozialimperialismus zu.

Kurz: Die Entwicklung der ökonomischen, politischen, und militärischen Stärke der USA und der SU führte zum Umschlagen der



Quantität in Qualität. (Bei der SU erfolgte die Veränderung natürlich im Zusammenhang mit ihrer Verwandlung aus einem kapitalistischen in ein sozialimperialistisches Land). Es entstand somit auf der Grundlage des Imperialismus eine neue Form: die imperialistische Supermacht. Das Verhältnis zwischen den beiden Supermächten und den übrigen sozialimperialistischen Ländern ist ähnlich jenem zwischen einem gewöhnlichen Kapitalisten und einem Monopolkapitalisten: beide sind Ausbeuter, aber der gewöhnliche Kapitalist ist vom Monopolkapitalisten abhängig, er ist tributpflichtig und überdies läuft er Gefahr, vom Monopolkapitalisten mit Haut und Haaren gefressen zu werden. Wie bei der Konkurrenz (die Konkurrenz der vielen ordinären Kapitalisten) das Monopol umgeschlagen ist, so hat die imperialistische Konkurrenz zur Ausbildung der Supermacht geführt.

Diese Entwicklung hat aber zur Folge:

1. Die beiden Supermächte sind die Hauptfeinde der Völker, und nur sie sind das Haupthindernis für den Sieg der Weltrevolution.
2. Nur die beiden Supermächte können heute einen Weltkrieg entfesseln. Nur von ihnen und nicht von den übrigen Mächten geht die Gefahr eines neuen Weltkrieges aus. (Das heißt freilich nicht, daß die imperialistischen Länder der Zweiten Welt ihren Wesen nach friedliebend geworden wären. Ein "friedliebender" Imperialismus - das wäre ein Widerspruch in sich selbst).
3. In Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen müssen die Monopolbourgeoisien der Zweiten Welt die Unabhängigkeit ihrer Länder verachechtern. So ist Österreich unter der ~~Markenmark~~ unter US-Vorherrschaft stehenden ~~Internationalen~~ Internationalen Energieagentur beigetreten, um sich den wichtigen Rohstoff Erdöl zu sichern. Die österreichische Monopolbourgeoisie muß darauf setzen, daß die USA die kapitalien schützen, die z.B. der Steyr-Daimler Puch-Konzern in Spanien oder der VÖEST-Alpine-Konzern in Azania und Zimbabwe angelegt hat usw. Das bindet die österreichische Monopolbourgeoisie an die USA und macht sie umgekehrt für deren Einfluß empfänglich.
4. Mit Zunahme der Abhängigkeit und der Bedrohung durch die beiden Supermächte wächst aber auch das Sterben der Staaten der Zweiten Welt nach Sicherung ihrer Unabhängigkeit. Auch hinein macht sich die historische Strömung geltend: Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution.

#### Linksradikale Entstellung der Generallinie

Der qualitative Unterschied zwischen der Ersten und der Zweiten Welt macht es möglich, daß die Länder der zweiten Welt in eine internationale Einheitsfront gegen die beiden Supermächte einbezogen werden können. So zieht auch die Außenpolitik der VR China auf die Einbeziehung der Länder der Zweiten Welt in eine solche Einheitsfront ab. Deshalb unterstützt die VR China die seitende Politik der westeuropäischen Staaten, die der Stärkung ihrer Unabhängigkeit dient. Deshalb begrüßt sie es, wenn die westeuropäischen Staaten angesichts der wachsenden Bedrohung vor allem durch den Sozialimperialismus ihre Verteidigungskraft



erhöhen.

In unserem Antrag an die zweite ordentliche Delegiertenkonferenz des KB Wien hat es geheißen, daß der "Kampf um die internationale Einheitsfront gegen die beiden Supermächte mit der Dritten Welt als Hauptkraft und der Zweiten Welt als Reserve" notwendig sei (Kommunist Nr. 2/1976, S. 40). Diese Formulierung ist insofern inkorrekt, als es heißen müßte: Es geht um die Herstellung einer internationalen Einheitsfront gegen beide Supermächte mit der Dritten Welt als Hauptkraft und dem internationalen Proletariat als führende Kraft, wobei die Zweite Welt eine Reserve ist. Spätestens jetzt wird es in der "linken Ecke munter werden. Allerdings schreckt uns das nicht, denn aus der "linken" Ecke können ohnedies nur Platzpatronen abgefeuert werden. Diese machen zwar einiges Getöse, richten aber nichts aus. Gen. G. St. hat uns in seinem Artikel im Kommunist (Nr. 2/1976, S. 30 f) vorgeworfen, daß wir die internationale Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und das Hegemoniebestreben der beiden Supermächte auf eine bloße Einheitsfront gegen die beiden Supermächte reduzieren wollen. Und verdienstvoll deckte Gen. G. St. auf: Dem Linkskollektiv geht es nur darum, "daß das Proletariat Surppas seinen Widerspruch zur imperialistischen Bourgeoisie als Nebnwiderspruch behandelt, sich dadurch vom Zusammengehen mit der imperialistischen Bourgeoisie nicht abhalten läßt und nicht die Revolution und den Sturz der Bourgeoisie auf die Tagesordnung setzt, sondern sich auf neutralisierung und Gewinnung der Bourgeoisie für die nationale Einheitsfront gegen die beiden Supermächte beschränkt" (Kommunist Nr. 2/1976, S. 31). Gen. G. St. hat in seinem Eifer übersehen, daß sich die Kriegsgefahrresolution für die "Stärkung der ~~Einheitsfront~~ Einheitsfront gegen die Supermächte" ausdrückt (Kommunist Nr. 2/1976, S. 13). Aber von dieser Einheitsfront ist darin nur einmal die Rede. Und vielleicht war es überhaupt ein Versehen, daß diese Formulierung aufgenommen worden ist...)

Im ersten Teil der Resolution findet sich natürlich kein Sterbenswörtchen über die Herstellung einer nationalen Einheitsfront gegen die beiden Supermächte, dafür ist darin ein Abschnitt über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung enthalten. Dieser Abschnitt folgt allerdings der linksradikalen Einstellung der Generallinie, vorgenommen von Gen. G. St. in seinem Artikel im Kommunist (Nr. 2/1976, S. 29.) Zu seiner Entschuldigung muß man freilich sagen, daß diese Entstellung ein Import aus der BRD ist).

Damit sich jeder Gen. ein Bild machen kann, geben wir zuerst die wichtigsten Passagen aus "Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" (S. 5 f) wider. Die chinesischen Gen. haben im Jahr 1963 geschrieben:

2. welches sind die revolutionären Prinzipien in der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960? Kurz gesagt, die folgenden: Proletarier aller Länder, vereinigt euch; Proletarier aller Länder vereinigt euch mit den geknechteten Volksmassen und den unterdrückten Nationen; bekämpft den Imperialismus und Reaktion in allen Ländern; ringt nach Weltfrieden, nach nationaler Befreiung, nach Volksdemokratie und Sozialismus, festigt und stärkt das so-







Generallinie neu formuliert worden ist. Diese Generallinie ist heute: eine breite Einheitsfront mit der Dritten Welt als Hauptkraft und dem internationalen Proletariat als führende Kraft bilden, zum Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und insbesondere gegen das Weltherrschaftsbestreben der beiden Supermächte. Das ist heute unter den geänderten Verhältnissen die richtige

Fassung der revolutionären Prinzipien der Revolution von 1949 und der Erklärung von 1960!

In der Resolution wird weiter gesagt: "Im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und das Weltherrschaftsbestreben der beiden Supermächte kommt heute die internationale Einheitsfront zu unter der Führung des Proletariats zum Ausdruck. Die schrittweise Verwirklichung der Weltrevolution ist der wichtigste Satz feiert der Linksradikalismus wahre Organe."

Lesen wir noch einmal, was die chinesischen Genossen geschrieben haben: "Diese Generallinie ist eine Linie, auf der alle Völker aller Länder entschlossen den revolutionären Kampf führen und die proletarische Weltrevolution zu Ende führen; zugleich ist sie die Linie, auf der der Imperialismus am wirksamsten bekämpft und der Weltfrieden verteidigt wird".

Für eine Marxisten-Leninisten sollte der Unterschied wohl klar sein: Mit der Generallinie, die als Richtschnur benutzend, kämpft die internationale Bewegung um den Sieg der Weltrevolution. Dieses strategische Ziel ist nur zu erreichen, wenn eine breite internationale Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und insbesondere gegen das Weltherrschaftsbestreben der beiden Supermächte geschmiedet wird.

Auf dieser Linie, die Generallinie als Grundlage benutzend und sie anwendend, müssen Kommunisten aller Länder ihre Taktik entwickeln und die entsprechenden taktischen Schritte setzen, damit das strategische Ziel, die Weltrevolution erreicht werden kann. Auf dieser Linie wird der Imperialismus am wirksamsten bekämpft werden kann. Auf dieser Linie wird der Imperialismus am wirksamsten bekämpft und der Weltfrieden verteidigt, haben die chinesischen Gen. 1963 geschrieben. Und das heißt heute: Auf dieser Linie werden die Imperialisten, insbesondere die beiden Supermächte, am wirksamsten bekämpft und so kann auch ein neuer Weltkrieg verhindert werden.

Gen. G. St. und die Resolution hingegen geben die Generallinie bereits für die Anwendung der Generallinie aus. Aber fräulich wenn man dauernd mit der Generallinie (oder was man dafür hält) herumwacht, dann muß man eben Prinzipien mit Politik verwechseln, dann glaubt man eben, daß man Politik macht, wenn man Prinzipienreiterei betreibt.

#### Die Anwendung der Generallinie

Wie ist also die Generallinie anzuwenden? welche Taktik müssen die Kommunisten entwickeln? Damit wir eine richtige Taktik entwickeln können, müssen wir über unseren Feind bescheid wissen, sowohl international als auch im eigenen Land. International sind die ~~Feinde~~ Hauptfeinde der Völker die beiden Supermächte. Sie sind wie bereits festgestellt das Haupthindernis für den Sieg der Weltrevolution, von ihnen geht die Gefahr eines neuen Weltkrieges aus. Ebenso sind sie die Hauptfeinde



der europäischen Völker. Bildet doch gerade der Punkt des Ringens der beiden Supermächte. Die europäischen Völker insgesamt sind jedoch nicht oder die französischen oder die britischen. (Damit unsere Linkardik nicht zu schnell ein schnelles Tempo einnimmt, brechen wir ein wenig ab und wenden uns dem Proletariat der europäischen Völker zu. Es geht um den Kampf gegen den Sozialimperialismus. Es geht darum, die Revolution durchzuführen. Der Hauptwiderspruch gelöst werden, der Sozialimperialismus hinausgeworfen und muß die nationale Unabhängigkeit gestellt werden).

Wenn die beiden Supermächte die Völker der Welt dann ist es international und von der Lage der Völker abhängige Aufgabe der Kommunisten. Alles zu tun, um die beiden Supermächte geschwächt, isoliert und schließlich geschlagen werden. Zu diesem Zweck müssen die Kommunisten, die zwischen den Feinden ausnutzen. Und zu diesem Zweck müssen sich gerade den qualitativen Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Welt zunutze machen, um zu erreichen, daß auch die Länder der zweiten Welt in eine internationale Front gegen die beiden Supermächte eingegliedert werden. Damit beginnt die V. China auf der diplomatischen Ebene. Die Kommunisten können natürlich auf dieser Ebene keinen Kampf führen (wiewohl sie den Imperialisten auch in ihre diplomatische Sphäre hinein werden), ihr Kampf erfolgt in einer anderen Weise.

Aber hat nun der Gen. G. St. nicht doch recht, wenn er sagt, wir damit zwangsläufig den Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie in Österreich als Nebenwiderspruch behandeln? Er hat nicht recht, weil er nämlich die ideologische Linie zwischen dem Kampf gegen den inneren und äußeren Hauptfeind des Proletariats übersieht.

Bevor wir eingehen darauf, wie der Kampf gegen die beiden Supermächte konkret geführt werden kann, ist folgendes zu sagen: Auf dem XIX Parteitag der KPdSU hat Stalin an die kommunistischen Parteien appelliert, das Banner der nationalen Unabhängigkeit aufzunehmendes die Bourgeoisie über Bord geworfen hat. Sollen sich die Kommunisten an die Spitze der Nation stellen? Weil die Monopolbourgeoisie in Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen notwendigerweise die nationale Unabhängigkeit verschächeln muß. In ihrem Streben nach Maximalproduktion muß sie in den verschiedensten Formen Anlehnung an eine Supermacht oder auch an beide suchen. Damit untergräbt sie die nationale Unabhängigkeit und stört zugleich die beiden Supermächte.

Es kann somit gar keine Gemeinsamkeit mit der Monopolbourgeoisie geben nur gegen die Monopolbourgeoisie kann der Kampf um die nationale Unabhängigkeit geführt werden. Indem die Arbeiterklasse auch an diesem wichtigen Frontabschnitt des Klassenkampfes und die Offensive geht, verteidigt sie damit zugleich die nationale Unabhängigkeit gegen alle Angriffe. Ebenso wie der Kampf um Demokratie



ausgerichtet. Sie versucht also, den Sozialimperialismus an der Vordertür abzuwehren, indem sie den amerikanischen Imperialismus bei der Hintertür hinführt.

Gegen die antinationale Politik der Monopobourgeoisie müssen die Kommunisten die breiten Massen mobilisieren. Indem die Massen vorankommen in der Politik, werden die Auswirkungen der Militärpolitik auf die Fato, die strikte Einhaltung der Neutralität, für die Massen politisch und wirtschaftlich den Forderungen der Demokratie, des Kapitalexport, gegen die Anlage von ausländischem Kapital in Österreich usw. wird die nationale Unabhängigkeit gestärkt und die Monopobourgeoisie geschwächt. Gerade dadurch wird Österreich schließlich einbezogen in die internationale Front gegen die beiden Supermächte. Der Hauptgefeind im eigenen Land wird so mit dem Kampf gegen den eigenen Hauptfeind verbunden.

In der Kriegsgefahrresolution wird gesagt (Kommunist Nr. 2/1976 S.14): Wir müssen uns insbesondere mit der Arbeiterklasse und den Volksmassen der Länder Westeuropas zusammenschließen und gemeinsam mit ihnen sowohl gegen die Vorherrschaft und den Einfluß des US-Imperialismus, seine Truppen, seine Militär- und Flottenstützpunkte, sein imperialistisches Bündnisystem, als auch gegen die Bedrohung, den Expansionismus und die Kriegsvorbereitungen des Sozialimperialismus gegenüber Westeuropa kämpfen". Wir sind damit völlig einverstanden. Einverstanden sind wir auch mit dem darauf folgenden Absatz: "Es gibt heute in einer Reihe von Ländern schon erste Anzeichen, erste Schritte einer konsequenten Friedensbewegung und es müssen die Kräfte zusammengeschlossen werden, die wirklich auf der Position des Kampfes gegen die beiden Supermächte und ihre Kriegsvorbereitungen stehen, auch wenn sie das nicht oder noch nicht vom Standpunkt der proletarischen Revolution machen".

Es heißt dann weiter: "eine solche Friedensbewegung kann einen gewaltigen Beitrag zur Behindertung der Kriegsvorbereitungen, zur Verzögerung dieses Krieges und damit zur Verbesserung der Bedingungen dafür leisten, daß die Kräfte noch rechtzeitig gesammelt werden können, um diesen Krieg durch die Revolution zuvorzukommen, deren Sieg in einigen wichtigen Ländern die einzige Verhinderung des Krieges ist". Diese Behauptung aber halten wir für eine linksradikale Abweichung.

Schauen wir uns doch zunächst einmal die Lage in Europa an: Würde sich in irgendeinem Land Europas, sagen wir in Polen, die Arbeiterklasse erheben, so kann lediglich ein Träumer glauben, daß die sowjetischen Besatzungstruppen friedlich in ihren Kasernen ausharren werden, bis ihnen die Fahrkarte nach Moskau ausgehandigt wird. Und in Westeuropa? In den Ländern, in denen die US-Truppen stationiert sind, wie z. B. in der BRD in Italien oder in Spanien, würde der US-Imperialismus schon gar nicht zögern, im Falle einer revolutionären Erhebung zu intervenieren. Aber auch gegenüber anderen Ländern würde sich der US-Imperialismus kaum eine Zurückhaltung auflegen. Und er würde dabei von den übrigen Nato-Staaten unterstützt werden; dies schon deshalb, damit nicht auch die eigenen Arbeiterklasse mit dem revolutionären Bazillus infiziert wird. (Die unverhohlene Drohung



des BRD-Kanzlers Schmidt, daß Italien in Falle einer Regierungsbeteiligung der revisionistischen KPI keine Kredite erhalten werde, gab erst unlängst wieder einen Vorgeschmack darauf, Schmidt stütze sich dabei auf einen mit dem Regierungschefs der USA, Großbritanniens und Frankreichs gefaßten Beschluß). Damit daher die Revolution in den Ländern Europas siegen kann, müssen die europäischen Völker den Kampf gegen die Supermächte, gegen die Kriegsgefahr, für Demokratie und nationale Unabhängigkeit führen. Indem die europäischen Völker gegen jede Unterordnung ihrer Länder unter die Supermächte auftreten, indem sie ihre Regierungen unter Druck setzen, die Forderung der Dritten Welt anerkennen, für den Abzug aller fremder Truppen, für die Auflösung der Militärbündnisse eintreten usw., kämpfen sie um die Herstellung einer internationalen Einheitsfront mit der Dritten Welt als Hauptkraft, mit dem internationalen Proletariat als führender Kraft und auch mit der Zweiten Welt als Reserve. (Wenn es den österr. Volksmassen gelingt, die österr. Regierung zu zwingen, daß sie ihre Truppen aus dem Nahen Osten zurückzieht und daß sie überhaupt für den Abzug aller fremden Truppen eintritt, bedeutet, bedeutet das denn nicht, daß Österreich - wenn auch zunächst nur in einer Frage in der internationalen Einheitsfront gegen die Supermächte einbezogen wird?).

Durch die Herstellung einer solchen Einheitsfront können die Supermächte geschwächt und isoliert werden und dadurch kann ein neuer Weltkrieg verhindert werden. In dem die europäischen Völker unter der Führung der Arbeiterklasse für die Herstellung der Einheitsfront kämpfen, schaffen sie zugleich günstige Bedingungen für den Sieg der Revolution in ihren Ländern. Das ist die Bedeutung des ersten Teiles des Satzes: Entweder verhindert der Krieg die Revolution oder der Krieg bringt die Revolution hervor.

Unter den heutigen Bedingungen, angesichts der wachsenden Bedrohung durch die Supermächte, vor allem durch den Sozialimperialismus, führt der Weg zum Sieg der Revolution in den europäischen Ländern nur über den Kampf um die Erstellung der Einheitsfront:

im nationalen Rahmen geht es um die Einheitsfront gegen die Kriegsgefahr, für Demokratie und nationale Unabhängigkeit, wobei der Hauptstoß gegen die "eigene" Monopolbourgeoisie geführt werden muß;

international geht es um die Herstellung einer Einheitsfront gegen die beiden Supermächte.

Alles andere halten wir für linkeradikale Phantastereien!

Im Kampf gegen die Monopolbourgeoisie die Bedingungen für die Verteidigung Österreichs schaffen!

Es ist möglich daß ein neuer Weltkrieg nicht verhindert werden kann. Die Kommunisten müssen daher - wie es in der Kriegsgefahrresolution heißt - "Vorbereitungen auf den Krieg treffen" (Kommunist, Nr. 2/1976, S. 16 und ff) In der Resolution wird gesagt daß die Kommunisten gegen die "Vaterlandsverteidigung" in einem imperialistischen Krieg sind. Der drohende Krieg ~~xxxxxxxxxxxxxxxx~~  
~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~



wird ein Krieg zwischen den beiden Supermächten und ihren Verbündeten sein. Auch wenn Österreich vom Sozialimperialismus angegriffen ~~xxx~~ werden sollte, wird es keinen gerechten Krieg führen. Im Falle des Krieges werden die Kommunisten alles tun, um den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verwandeln.

Wenn es sich so verhält, dann sind das zweifellos richtige Feststellungen. Wenn es sich sonverhält, dann wäre freilich ein möglicher Dritter Weltkrieg eine ziemlich getreue Kopie des Ersten.

Wir sind allerdings der Meinung, daß ein möglich er Dritter Weltkrieg nicht eine Kopie des ersten Weltkrieges werden wird, ebensowenig wie der Zweite Weltkrieg eine Nachbildung des Ersten a war.

Heute ringen nicht einige imperialistischen Großmächte um die Hegemonie wie noch zu Zeiten Leneins, sondern es ringen zwei. Die übrigen imperialistischen Länder sind diesen beiden - wie es in der vorliegenden Resolution richtig heißt - "nachmäßig nicht gewachsen". Diese Länder, die Länder der Zweiten Welt, sind aus dem Ringen um die Weltherrschaft geschieden. Von diesen geht somit die Gefahr eines neuen Weltkrieges nicht aus. Ja, für diese Länder besteht Gefahr, daß sie von einer Supermacht völlig unterworfen werden. Vor allem für die kleineren Länder besteht die Gefahr, daß sie überhaupt ~~ihre nationale Existenz~~ in ihrer nationalen Existenz ausgelöscht werden. Wir sagen ganz offen: Wer bestreitet, daß die Gefahr droht, der arbeitet objektiv den beiden Supermächten, vor allem dem Sozialimperialismus in die Hände!

Welche Haltung müssen die Kommunisten angesichts der drohenden Gefahr einnehmen? Wir sind der Meinung, daß die Kommunisten sagen müssen: Wir sind für die Verteidigung Österreichs!

Jetzt werden unseren linkeradikalen Kritiker, für die Geschichte der kommunistischen Weltbewegung zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg und der Gründung des KB Wiens ein schwarzes Loch ist, aufjubeln: Jetzt haben sich die Mitglieder des Elin-Kollektives endlich als Sozialchauvinsiten entlarvt!

Aber wir müssen unsere Freunde enttäuschen. Wir sind nämlich der Meinung: Wird Österreich infolge des Überfalles einer Supermacht in den Krieg hineingezogen und wird dieser Krieg von der Monopolbourgeoisie geführt, so handelt es sich auch auf Seiten von Österreich um einen ungerechten Krieg, selbst ~~wenn~~ dann wenn die Gefahr der Vernichtung Österreichs besteht. Allerdings wird man sich da nicht lange bei der Vorbereitung des Bürgerkrieges gegen die Bourgeoisie aufhalten brauchen. Die Monopolbourgeoisie wird nämlich nicht lange die Macht behalten, selbst dann nicht wenn ihr die Nato unter dem Kommando der USA zur Hilfe ~~kommen~~. Vergessen wir doch nicht: Auch in der USA geht es um Hegemonie und nicht darum die österreichische Monopolbourgeoisie als "Juniorpartner" zu verhätscheln; d.h. die österreichische Monopolbourgeoisie wird vollends ein Lakai des US-Imperialismus werden. Die Kommunisten werden daher den Volkskrieg gegen eine der beiden Supermächte oder gegen beide zu organisieren haben. Wenn die Kommunisten den Kampf um Demokratie und um nationale



Unabhängigkeit führen müssen- und dieser Kampf schließt die Verteidigung der Unabhängigkeit gegen die Supermächte mit ein-, so ist es nur konsequent, wenn wir sagen: Die Kommunisten müssen für die Verteidigung Österreichs sein.

Wie schaut heute die Lage in unserem Land aus, indem die Monopolbourgeoisie ökonomisch ~~dominiert~~ dominiert und die politische Macht hat? Die Politik ist antinational: Österreich wird den Supermächten untergeordnet. Die breiten Massen werden mehr und mehr ausgeplündert. Die demokratischen Rechte sind durchlöchert und begrenzt. Es besteht die Gefahr, daß die demokratischen Rechte noch weiter eingeschränkt werden. Die Minderheiten werden diskriminiert. Das Heer ist vom Volk getrennt, gegebenenfalls wird es gegen den gerechten Kampf der Massen losgeschickt werden es wird bereits jetzt gegen andere Völker eingesetzt. Militarisierung und Kasernensystem werden ausgeweitet.

Wie kann denn da Österreich verteidigt werden, wenn die elementarsten Rechte und Wünsche des Volkes verletzt werden? Und wer verletzt die Rechte und Wünsche des Volkes? Die Bourgeoisie, vor allem die Monopolbourgeoisie. Es können daher nur im Klassenkampf vor allem gegen die Monopolbourgeoisie die Bedingungen für die Verteidigung Österreichs geschaffen werden.

Wie wird sich denn die Bourgeoisie und hierin gerade wieder die monopolbourgeoisie bei einem Überfall etwa des Sozialimperialismus verhalten? Der große Führer der tschechoslowakischen Arbeiterklasse, Klement

Klement Gottwald, (sicher auch Sozialchauvinist nach Meinung unserer "linken" Kritiker) hat über die Haltung der tschechoslowakischen Bourgeoisie im Falle eines Krieges folgendes gesagt, was im wesentlichen auch auf die österreichische zutreffen würde: "Vor allem wird sie die Sache als Geschäft betrachten, zweitens wird sie das Volk gänzlich an die Kette nehmen wollen, drittens wird sie Verrat begehen und kapitulieren" (RS 68, S. 11). Für die österr. Monopolbourgeoisie kann man ergänzen: Wenn sie nicht überhaupt schon vor dem Sozialimperialismus kapitulieren wird, dann wird sie Österreich an den US-Imperialismus ausliefern.

Wir müssen also den Massen klar sagen, daß Österreich unter Führung der Monopolbourgeoisie gar nicht verteidigt werden kann. Die Kommunisten würden aber das Feld der Bourgeoisie überlassen, wenn sie sich an die jetzt noch in unserer Organisation herrschenden Meinung halten würden, die da lautet: "Wirklich unabhängig kann Österreich erst sein, wenn die Arbeiterklasse die Macht erobert hat. Daher kann man nicht für die Verteidigung Österreichs sein, auch wenn ~~xxxx~~ ein Überfall etwa des Sozialimperialismus droht.

Es ist richtig: erst wenn die Arbeiterklasse die Bourgeoisie gestürzt hat, kann Österreich wirklich unabhängig sein. Aber wir lassen uns davon nicht abhalten, schon heute für die Unabhängigkeit Österreichs kämpfen. Und wir dürfen uns nicht davon abhalten lassen, bereits heute für die Verteidigung Österreichs einzutreten.

Auch in der Frage der Verteidigung Österreichs müssen sich die Volksmassen der Monopolbourgeoisie entgegenstellen und für die Herstellung der Bedingungen kämpfen, damit Österreich verteidigt werden kann. Auch in Hinblick auf die Verteidigung der Unabhängig-



keit muß der Kampfgeführt werden gegen das Bundesheer als den bewaffneten Arm der Bourg. , für die Demokratisierung des Heeres ( Bildung von Kasernenkomitees, Wahl der Offiziere, usw) auf der Linie ~~xxxxxxxxx~~ der Ersetzung des Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung.

Gerade angesichts der wachsenden Bedrohung durch die Supermächte wird der Kampf gegen die Kriegsgefahr, für die Demokratie, für die nationale Unabhängigkeit und für die Verteidigung Österreichs zum wichtigsten Frontabschnitt im Klassenkampf werden. Die Kommunisten haben daher die Aufgabe, für die Bildung einer breiten Einheitsfront aller demokratischen und patriotischen Kräfte einzutreten. In diesem Kampf wird die Monopolbourg. geschwächt und zurückgedrängt werden, wodurch die Voraussetzungen wachsen werden, daß das Volk unter der Führung der Arbeiterklasse an die Revolution herankommt. Auf dem Weg zur Revolution kann die Bildung einer Volksfrontregierung eine Station sein, damit die Unabhängigkeit gegen die Supermächte und die antinationalen Umtriebe der Monopolbourg. verteidigt werden kann. Natürlich wäre es verfehlt, heute die Lösung : Für die Bildung der Volksfrontregierung! aufzustellen. Mit wem sollte eine Volksfront gebildet werden ? Etwa mit Kreisky oder mit Taus?. Heute geht es darum die Volksmassen über die drohende Kriegsgefahr und die antinationale Politik der Monopolbourg. aufzuklären. Heute geht es darum, Schritte zu setzen auf dem Weg zur Bildung einer breiten Einheitsfront für Unabhängigkeit, Demokratie und Frieden!